



■ FÜNF WOCHEN STREIK BEI DER MASCHINENFABRIK ATLAS

Belegschaft wehrt schwere materielle Einschnitte ab

Sanierer kehrt als Eigentümer zurück

Das 1919 gegründete Maschinenbau-Unternehmen Atlas, das Kräne und Bagger produziert, wurde 2001/2002 von dem US-amerikanischen Baumaschinenkonzern Terex erworben. Hauptmotor dieses Geschäfts und erster harter Sanierer dieses Unternehmens war der bulgarisch-amerikanische Unternehmer und Manager Fil Filipov. Nach Verlusten trennte sich Terex im Frühjahr 2010 wieder von Atlas. Eigner der Atlas Maschinenfabrik wurde der ehemalige Terex-Manager Fil Filipov. Er erwarb das Unternehmen zum symbolischen Preis von einem Euro plus einer Mitgift in Höhe von 17 Millionen für Betriebsmittel. Sofort kündigte Fil Filipov der Belegschaft Entlassungen, Versetzungen und neue Arbeitsbedingungen an. Den Beschäftigten wurden »Arbeitsvertragsergänzungen« zur Unterschrift vorgelegt. Darin sollten sie erklären, freiwillig und ohne Lohnausgleich fünf Stunden länger zu arbeiten. Zur Unterzeichnung wurden massiver Druck und Einschüchterungen eingesetzt. Dadurch sanken die Stimmung und Motivation der Belegschaft auf null.

»Nur ich entscheide, sonst niemand«, das ist Filipovs Devise nach innen und nach außen. Wer das nicht wolle, werde früher oder später gehen. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates beachtete er nicht und wegen Missachtung des Betriebsverfassungsgesetzes mussten Arbeitsgerichtsprozesse geführt werden. Zehn Kündigungen – überwiegend in der Produktion – gab es inzwischen. Zur Beilegung der Streitpunkte wurde von Belegschaftsseite die IG Metall eingeschaltet.

Die Kolleginnen und Kollegen wehren sich gemeinsam mit der IG Metall

Der Unmut der Kollegen führte dazu, dass auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der drei Betriebe Delmenhorst, Ganderkesee und Vechta am 10.8.2010 die IG Metall aufgefordert wurde, zum Schutz der Belegschaftsinteressen den Kampf um einen Haustarifvertrag aufzunehmen.

Daraufhin drohte Inhaber Filipov öffentlich mit Standortschließung, Produktionsverlagerung, Ersatzarbeitskräften und Insolvenz.

In einer Unterschriftenaktion sprach sich die überwältigende Mehrheit der Gesamtbelegschaft dafür aus, keine neuen Einzelarbeitsverträge mehr zu unterschreiben, stattdessen eine »Tarifbindung« anzustreben. Fil Filipov antwortete mit einer öffentlichen Diffamierung von BR-Mitgliedern. Eine Einigungsstelle entschied, dass der Eigner Filipov wirtschaftliche Daten vorlegen muss. Er legte alles auf Englisch vor. Tarif- und Verhandlungsaufforderung der IG Metall wurden von der Geschäftsführung schroff zurückgewiesen – es gab also eine Totalverweigerung von Seiten des Unternehmers.

Nach betrieblichen Aktionen und einem ersten Warnstreik am 10. September versuchte die IG Metall über einen Sanierungstarifvertrag (mit Verzichtleistungen der Belegschaft) zu verhandeln – Filipov lehnte ab. Daraufhin fand am 11. Oktober ein zweiter Warnstreik mit einer zentralen Kundgebung statt. Aufgebracht über das Verhalten des Eigners war das Vorgehen der IG Metall für viele Kolleginnen und Kollegen zu zögerlich. Bei einer Beteiligung von 98,8 Prozent stimmten bei der Urabstimmung am 19. Oktober 79,1 Prozent der wahlberechtigten IGM-Mitglieder für einen Arbeitskampf. Der Organisationsgrad unter den 650 Beschäftigten der drei Werke beträgt 80 Prozent.

Die Belegschaften streiken

Am 22. Oktober begann der Streik, zunächst am Standort Ganderkesee (Landkreis Oldenburg) – begrenzt auf eine Woche. Mit einigen Leiharbeitern versuchte die Geschäftsleitung die Produktion teilweise aufrechterhalten. Die fünf Tore des Werks wurden 24 Stunden am Tag und auch am Wochenende von Streikposten bewacht. Schutz gegen unwirtliches Wetter boten am Haupteingang ein beheiztes Zelt und ein Unterstand. In Gesprächen am Tor konnten einige Arbeitswillige noch dafür gewonnen werden, sich am Streik zu beteiligen.

Zulieferer konnten anfangs überzeugt werden, wieder umzukehren. Einen freundlichen Gruß erhielten die Streikenden regelmäßig vom Lokführer der vorbeifahrenden Nordwestbahn. Die örtliche Polizei ließ sich von der Geschäftsführung nicht instrumentalisieren.

Da in Ganderkesee acht Leiharbeiter der Firma Timepartner beschäftigt waren, wandten sich die Betriebsräte mehrerer Bremer Großbetriebe, bei denen auch Kollegen dieser Leiharbeitsfirma arbeiteten, an die Geschäftsführung von Timepartner. Daraufhin wurden diese Leiharbeiter vom Werk Ganderkesee abgezogen.

Firmeninhaber Filipov drohte am ersten Streiktag in einem Flugblatt mit dem Wegfall von 60 Prozent der Stellen in der Konstruktion durch Ausgliederung und Schrumpfen der Belegschaft von 650 auf 190 Stellen. Er verteilte das Blatt persönlich vor dem Tor des Delmenhorster Werks. Mit Hubschrauberflügen auf das Ganderkeseeer Betriebsgelände versuchte er die Belegschaft zu provozieren. Öffentlich erklärte er, dass er seine Frau beauftragt habe, »ihn vorher zu erschießen«, sollte er eine Vereinbarung mit der IG Metall abschließen wollen. Gleichzeitig stellte er fest, der Cash-Flow sei wieder zufriedenstellend und die September-Auslieferungen seien die höchsten seit zwei Jahren. (NWZ-online v. 4.10.10).

Da Eigentümer Filipov mit einer Woche Streik in einem der Betriebe nicht zum Einlenken zu bewegen war, traten ab 1.11.10 auch die Delmenhorster und dann ab 8.11.10 auch die Belegschaft in Vechta in den Streik.

Firmenleitung setzt die Familien unter Druck

Als die Firmenleitung den Familien in Briefen drohte, unentschuldigtes Fehlen der Arbeiter mit Abmahnungen und Entlassungen zu ahnden, begegnete die IGM dieser angestrebten Verunsicherung am 13.11.10 an allen drei Standorten mit Familiennachmittagen mit Kaffee und Kuchen. In

Delmenhorst kamen 50 Angehörige. Rund 200 Menschen nahmen an einer Veranstaltung vor dem Werk in Vechta teil.

In Delmenhorst wiesen einige Ehefrauen von Atlas-Arbeitern in einem Schreiben an die Tageszeitung auf die schwierige Situation hin, in der sich die Beschäftigten und ihre Familien befanden: »Viele unserer Männer sind seit 30 Jahren und länger mit dem Betrieb verwachsen. Sie würden lieber unter menschenwürdigen Bedingungen im Betrieb arbeiten, als davor zu stehen und ihn zu bestreiken.« Sie warfen Atlas-Chef Fil Filipov unter anderem fehlende Fürsorge für seine Mitarbeiter vor. Er behandle seine Leute wie eine austauschbare Ware, die man in Zukunft einfach billiger einkaufen wolle.

Solidarität

Während in Ganderkesee Maschinenbauer im Ort Informationsblätter verteilten, informierte in Delmenhorst der DGB die Bevölkerung. Viel Zuspruch erfuhren die aktiven Gewerkschafter bei der Verteilung von Informationsblättern an die örtliche Bevölkerung. Ein Atlas-Betriebsrat sprach vor Gewerkschaftern von Mercedes-Benz und auch von Airbus und nahm an einer Aktion der mdexx-Belegschaft teil.

Gewerkschafter der großen Betriebe der Region Nordwest, Privatpersonen, der türkische Arbeiterverein, christliche und islamische Einrichtungen überbrachten solidarische Grüße und informierten sich über den Streik. Von ihnen kam auch materielle Unterstützung wie extra an-

ATLAS Maschinenbau GmbH – Eine kurze Chronologie

1919: Gründung Firma Weyhausen

1949: Bau des ersten Hydraulikbaggers

1998: Übernahme durch Firma Eder Handels- und Beteiligungsgesellschaft. Auch diese konnte das Unternehmen nicht halten.

2001/2002: Übernahme der Atlas-Werke durch den US-amerikanischen Baumaschinenriesen TEREX. Als Sanierer setzte TEREX seinen bulgarischstämmigen Manager Fil Filipov ein. Dieser erfahrene Sanierer reduzierte die Belegschaft schrittweise von 1600 auf 900 Beschäftigte. Auffanggesellschaften wurden gebildet. Der Produktionsstandort Lönningen wurde 2004/4005 geschlossen.

2002 – 2009: Unter TEREX gab es für die Beschäftigten einen Anerkennungstarifvertrag der Metallindustrie. Wegen Marktkrisen mussten die Beschäftigten zwischenzeitlich weitere Zugeständnisse bei ihren Arbeitsbedingungen hinnehmen. Durch weiteren massiven Personalabbau sind nunmehr nur noch ca. 650 Mitarbeiter beschäftigt.

Seit 2004 haben die Kollegen in der Produktion 12 Prozent Leistungszulage verloren. Jubiläumszuwendungen wurden abgeschafft bzw. Betriebsvereinbarungen gekündigt ohne Nachwirkungen. Lohn und Gehalt ist heute noch auf dem Stand vom 1.2.2009.

Die Tariflohnerhöhungen vom 1.5.2009 und 31.3.2010 sind nicht mitgemacht worden.

Februar/März/April 2010: TEREX verkauft die ATLAS-Werke Delmenhorst, Ganderkesee und Vechta (650 Beschäftigte), weil die Gewinnerwartungen nicht erfüllt wurden. Über eine sog. Vorratsgesellschaft werden die

Werke an den Unternehmer Fil Filipov verkauft: Preis: symbolisch ein Euro, 17 Millionen erhält Filipov als Betriebsmittel für 2010/2011. Die Arbeitsverhältnisse gehen auf die neu firmierte Atlas Maschinen GmbH gemäß Bürgerliches Gesetzbuch § 613 a über und dürfen nicht vor Ablauf von einem Jahr zum Nachteil der Beschäftigten verändert werden. Alleiniger Gesellschafter der Atlas Maschinen GmbH: Fil Filipov.

Der neue Eigentümer ist nicht mehr tarifgebunden. Die Übernahme verdrängt die kollektiven Leistungen des bestehenden Firmentarifvertrages. Sie gehen nur noch auf die individuellen Arbeitsverhältnisse über.

Ohne einen Tarifvertrag wird es folgende Vereinbarungen nicht mehr geben: Alterssicherung / Kündigungsschutz ab 56, Verdienstsicherung älterer Beschäftigter, Urlaub (statt tarifliche 30 nur noch gesetzliche 24 Tage, statt tarifliche fünf jetzt gesetzliche sechs Arbeitstage), andere Bestandteile wie Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld), die 40 Std/Woche bei 35 Stunden Bezahlung sind schon in den vorgelegten Verträgen vorhanden!

Diese Erfahrungen ließen einige Fragen bei den Kollegen aufkommen: Warum hat Terex an seinen Manager Filipov verkauft? Will Terex sich nicht die Finger schmutzig machen, den Ruf der Firma schonen? Warum erhält Filipov für Atlas in diesem Jahr noch zehn Millionen und im kommenden Jahr noch sieben Millionen Euro von Terex (Filipov am 25. März in einem Mitarbeiterbrief)? Zu Terex gehören auch die Baggerproduzenten Schaeff und Fuchs. Geht das Geschäft mit den Baumaschinen so schlecht, dass Atlas aus Unternehmersicht vom Markt muss? Oder will Filipov sich Konkurrenzvorteile verschaffen?

gefertigte Solidaritätskoksöfen mit Koks, Holz, wärmende Westen, Geldspenden und Lebensmittel.

Ein Schreiben des Siemens-Gesamtbetriebsrates an Filipov wurde bekannt (siehe weiter unten). 20 Gewerkschafter demonstrierten am 24.11.10 im nordhessischen Borken gegen den Einsatz von Borkener Beschäftigten als Streikbrecher in den bestreikten Werken. Nicht unwichtig war der Erfahrungsaustausch mit Gewerkschaftskollegen anderer Betriebe. Als prominentester Gewerkschafter ließ sich der zweite IGM-Vorsitzende Detlev Wetzel blicken.

Von der SPD kamen Landespolitiker; ihr Ortsverein half beim Streik; Gewerkschaftssekretäre organisierten ein Gespräch der Betriebsratsvorsitzenden mit dem Parteivorsitzenden Gabriel in Hannover; der empfahl ihnen, einen Schlichter zu nehmen und hob hervor, dass die Arbeitnehmer in schwierigen Lagen immer als erste bereit seien, Einbußen hinzunehmen, mehr zu arbeiten oder auf Gehalt zu verzichten. Vom Bundesvorsitzenden über Landespolitiker bis zu örtlichen Funktionären ließen sich Politiker der Partei DIE LINKE sehen.

Blockade per Gericht gebrochen

Atlas versuchte mit Streikbrechern und Leiharbeitern die Produktion notdürftig aufrecht zu erhalten. Auch über die Agentur für Arbeit versuchte der Unternehmer Leiharbeiter als Streikbrecher einzustellen. Doch wichtige Fachleute können nicht so schnell durch Leiharbeiter ersetzt und 200 Krantypen nicht mit völlig neuen Leuten hergestellt werden.

Seit Beginn des Streiks hatten die Streikposten erfolgreich die Zufahrt und Ausfahrt von LKWs verhindern können – z. T. mit Verständnis der LKW-Fahrer. Ab 15. 11.10 war dann über einen gerichtlichen Vergleich geregelt, dass die Lkws zu allen drei Werken ohne Blockaden über jeweils ein Tor Zugang finden müssen. Die Übernahme dieser Regelung für Vechta regte die IGM von sich an. Sie pries vor den Streikenden als Erfolg, dass sie an den betroffenen Toren maximal 15 Minuten Zeit hätten, den Fahrern der Lieferfahrzeuge über ihren Streik zu informieren. Den Ganderkeseeer Streikposten tat es im Herzen weh, nicht verhindern zu können, dass acht Bagger aus dem Werk rollten. Mit der Gerichtsentscheidung waren die Streikenden da blockiert, wo sie bisher Initiative gezeigt hatten.

Wie weiter?

Weil Filipov sich auf nichts einließ, zog sich der Streik hin. Bei den Kolleginnen und Kollegen traten viele Fragen auf. Nicht wenige Kollegen sind schon etliche Jahre, Jahrzehnte, bei der Baumaschinenfabrik Atlas beschäftigt, haben das Schrumpfen der Firma erlebt. Zur Zeit von Atlas-Weyhausen war noch alles im Gespräch zwischen Eigentümer und Betriebsratsvorsitzendem einvernehmlich geregelt worden. Tarifverträge der IG Metall sind eine Sicherung unseres Einkommens, war die bisherige Erfahrung. Nun sind die Kollegen aus ihrer Sicherheit gerissen, verunsichert. Selbst einen weiteren Verzicht beim von der IGM vorgeschlagenen Sanierungsstarifvertrag hätten sie vor dem Streik ertragen. Im Streik von sich aus in die Öffentlichkeit zu wirken, andere Belegschaften um Solidarität zu ersuchen, war ihnen fremd. Jahrzehntelang haben die Lohnabhängigen in Politik und Wirtschaft die Vertretung ihrer Interessen Stellvertretern überlassen und waren damit gut gefahren.

Nach insgesamt vier Wochen Streik sah es so aus, als sei diesem Unternehmer mit einer Arbeitsniederlegung nicht beizukommen. Der Oldenburger IGM-Bevollmächtigte Hartmut Tammen-Henke klagte die Gemeinde Ganderkesee an, Hubschrauberflüge ins Werk gestattet zu haben, und dem Arbeitgeberverband warf er vor, Atlas-Chef Filipov

nicht im Zaum zu halten (Filipov war ohne Tarif im Arbeitgeberverband). In der Antwort wurde er auf die Rechtslage hingewiesen: Es gebe keine Verpflichtung zum Tarif, und Unternehmer, die einen solchen Vertrag nicht wollten, würden sich nicht gleich außerhalb des Grundgesetzes stellen (Delmenhorster Kurier, 19.11.10).

Der Delmenhorster Betriebsratsvorsitzender Werner Magnus sah die Gefahr, dass sich andere Unternehmer an ihm ein Beispiel nehmen: *»Wenn Filipov mit seiner Sache durchkommt, wird es sicher einen Flächenbrand geben.«* Betriebsräte baten in einer Sitzung des Delmenhorster Stadtrats darum, die Vermittlungen von Arbeitsuchenden zu Atlas durch die Agentur für Arbeit und die Arge zu unterbinden. Solidarität der sozialdemokratischen Bürgermeister in Worten und ihre Neutralität in der Tat, das verstimmt Kolleginnen und Kollegen.

Der Gewerkschaftsfunktionär und der Belegschaftsvertreter haben Schwachpunkte des Arbeitskampfes aufgezeigt. Sie sehen sich als »Sozialpartner« der Unternehmer, die stellvertretend für die Gewerkschaftsmitglieder handeln. Von einem unüberbrückbaren Klassengegensatz hatten sie bisher nichts gespürt. Nun sind sie ihm ausgesetzt, allerdings ohne sich dessen bewusst zu sein. Ihr Handeln bleibt deshalb noch bestimmt durch die alten Erfahrungen.

So suchte die IGM-Verwaltungsstelle Oldenburg anstelle bei den anderen DGB-Gewerkschaften und den Belegschaften großer Betriebe der Region bei den im niedersächsischen Landtag vertretenen bürgerlichen Parteien, den Kirchen und dem Arbeitgeberverband Oldenburg Beistand gegen den Unternehmer Filipov.

»Tag der Solidarität«

Eine im Delmenhorster DGB-Kartell angeregte allgemeine Demonstration konnte dort nicht gegen die Oldenburger DGB-Sekretärin Welzel durchgesetzt werden – obwohl sich alle über die Notwendigkeit einig waren. Zustande kam eine kurzfristig von der IG Metall organisierte Kundgebung auf dem Platz »Am Stadtwall« in Delmenhorst, für die die Delmenhorster individuell – jedoch nicht die Belegschaften der Delmenhorster Betriebe – mobilisiert wurden. Während Gewerkschaftskollegen aus Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in Wilhelmshaven/Friesland die Streikposten stellten, konnten die Kollegen aus den drei Produktionsstandorten an der Kundgebung teilnehmen. 600 Teilnehmer waren auf dem Platz. Belegschaftsvertreter betonten: *»Es geht nicht um mehr Geld. Die Belegschaft will nur einen ordentlichen Tarifvertrag.«* Obwohl alle drei Bürgermeister schon nach dem zweiten Warnstreik von Filipov eine Abfuhr erteilt bekommen hatten, wiederholten die Bürgermeister von Ganderkesee und Delmenhorst ihre Bereitschaft zu vermitteln.

Der DGB-Vorsitzende der Region Oldenburg-Wilhelmshaven, Manfred Klöpffer, sprach als einziger Redner von Kapitalismus. Er freute sich, dass die zahlreich anwesenden Parteivertreter (von der SPD) auf Seiten der Streikenden standen und schob nach: Den Weg freigemacht für ein Verhalten wie das des Unternehmers Filipov, der die Löhne senken und Arbeiterrechte abschaffen will, hat die rotgrüne Koalition unter dem SPD-Kanzler Schröder, indem sie einen Niedriglohnsektor schuf, u.a. mit der Lockerung der Leiharbeitergesetze.

Peter Erlanson von der Bremer Linkspartei forderte die Durchsetzung des Generalstreiks zum Kampf gegen den Ausstieg aus Tarifverträgen, gegen die Leiharbeit, gegen die Rente mit 67. Die Folkloregruppe des türkischen Arbeitervereins Delmenhorst lockerte die Veranstaltung mit bulgarischen und mazedonischen Tänzen auf.



»Gesamtzusage« statt Tarifvertrag

Zwei Tage nach dem »Tag der Solidarität« – einen Monat nach Streikbeginn – bewegte sich der Unternehmer.

Bei einem Gespräch des Gesamtbetriebsrates mit der Werksleitung am 22.11.10 übergaben Vertreter der Geschäftsleitung den Betriebsratsvorsitzenden eine »Betriebsvereinbarung«. Der Eigner äußerte sich nur schriftlich. Er drohte den Beschäftigten bei Fortsetzung des Streiks an, Betriebsteile auszugliedern. Die IG Metall beugte sich Filipovs Weigerung, mit ihr zu verhandeln, damit er nicht sein Gesicht verliere und ließ den Gesamtbetriebsrat die Verhandlungen führen. Die Tarifkommission saß im Nebenraum.

Am 26.11.10 wurden die Belegschaften mit einem IGM-Flugblatt informiert. Die Kollegen lasen im Informationsblatt als Ergebnis:

Kollektive Absicherung der Arbeitsbedingungen durch Gesamtzusage!

Kollektive Vereinbarung: die Tarifverträge gelten weiter! Die Regelung in Stichworten:

- Kollektive Absicherung der Arbeitsbedingungen durch Gesamtzusage!
- Der Übernahmetarifvertrag gilt als Bestandteil des Einzelarbeitsvertrages unbefristet weiter!
- Keine Ungleichbehandlung der »gewerblichen Arbeitnehmer« und der »Angestellten«! Auch für neu eingestellte ArbeitnehmerInnen gelten die Bedingungen des Übernahmetarifvertrages.
- 2,7 Prozent für alle ab dem 01.05.2011!
- Rücknahme von ausgesprochenen Kündigungen und kein Ausspruch von geplanten Kündigungen!
- Aus Anlass des Arbeitskampfes gestellte Strafanträge werden zurück genommen!

Die betriebliche Tarifkommission empfiehlt die Annahme des Ergebnisses.

Die Gesamtzusage (nur von Unternehmerseite unterschriebene Vereinbarung) kann frühestens zum 31.12.13 gekündigt werden.

Am Sonntag, 28.11.10, fand in Oldenburg die Mitgliederversammlung statt. Die IGM-Funktionäre drängten auf Annahme des Ergebnisses: Das sei mehr, als sie erwartet hätten. Am 29.11.10 – 40 Tage nach Streikbeginn – wurde die Urabstimmung durchgeführt. 325 Streikende von ca. 520 Mitgliedern gaben ihre Stimme ab. 96,9 Prozent stimmten für die Beendigung des Streiks (Weserkurier). Ca. 175 Mitglieder nahmen an der Abstimmung nicht teil, hatten u.a. Urlaub genommen oder sich krank gemeldet; wenige gehörten zu den Streikbrechern.

Freude und Nachdenklichkeit

Die Streikenden haben im Kampf zusammengefunden und Rückgrat gezeigt. Sie haben dabei viel solidarischen Besuch aus den Betrieben und der Bevölkerung erhalten. Das gab ihnen Kraft, fünf Wochen zu streiken. Das materielle Ergebnis ist der Lohn für den Kampf der Kolleginnen und Kollegen: Sie haben dem Unternehmer abgerungen, dass sie weiterhin den Lohn erhalten, der ihnen laut ihrer Übergangstarifverträge zusteht, einschließlich Urlaubs- und Weihnachtsgeld, und eine Arbeitszeitverlängerung verhindert.

Voraussetzung dafür war die geschlossene Haltung der aktiven Mehrheit der Belegschaft. Viele Kollegen brachten zum Ausdruck, stark genug zu sein, eventuelle Verstöße des Unternehmers abwehren zu können, sahen einen Grund zum Feiern.

Auch wenn es aus dem Abstimmungsergebnis nicht ersichtlich ist, es gab auch Kollegen, die ihren Streik im Zusammenhang des allgemeinen Sozialabbaus sehen, nachdenklich waren. Auf der Mitgliederversammlung hatte sich zwar keiner getraut, etwas zu fragen. Doch die Fragen sind im Gespräch: Nach fünf Wochen Streik kein richtiger Tarifvertrag? Was haben wir zu erwarten? Sind die Kollegen jetzt einzeln erpressbar? Neu eingestellte Kollegen werden erst nach zwölf Monaten nach Tarif beschäftigt. Wird die Fluktuation der jungen Mitarbeiter bei Atlas in Zukunft extrem steigen? Wird das befristete Arbeitsverhältnis die Regel werden? Was hat die Belegschaft in den nächsten zwei Jahren Maßregelungsversuchen entgegenzusetzen? Warum hat Filipov beim Lohn eigentlich nachgegeben??? Welche Perspektive gibt es Ende 2013 beim Auslaufen des Vertrages? Dann muss doch aufs Neue für einen Tarifvertrag gekämpft werden!

Nach langem Arbeitskampf gestand Filipov der Belegschaft ihre materiellen Forderungen in der Form einer einseitigen Willenserklärung, der Gesamtzusage, zu. Sie hat die Rechtsbindung eines Tarifvertrages.

Doch bleibt die Gewerkschaft als Organisation außen vor. Nachdenkliche Kollegen vermissten unter diesen neuen Erfahrungen nun auch den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, der schon in der Zeit von Weyhausen nicht wieder gewählt worden war.

Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern geht in die nächste Runde. Atlas ist weiterhin dem scharfen Konkurrenzkampf unter den Baumaschinenherstellern ausgesetzt. Der Eigner wird deshalb alles daran setzen, seine Profiterwartung über eine Erhöhung der Ausbeutung der Belegschaft zu realisieren.

Nach dem Streik

In allen drei Produktionsstandorten wurden Mitte Dezember Betriebsversammlungen durchgeführt. Vertreter der Geschäftsleitung blieben fern, weil die IG Metall teilnahm. Mit Umsetzungen und Versetzungen übt die Geschäftsführung Druck auf die Aktiven des Streiks aus. Verweigert der Betriebsrat seine Zustimmung, landet das Verfahren vor Gericht. Zwischen Streikenden und Streikbrechern besteht eine große Kluft, die der Unternehmer ausnutzt. Das Betriebsklima ist damit schlechter als vor dem Streik und eine psychische Belastung – dabei war das Verhalten Filipovs für die Kollegen ein Grund zum Streik gewesen. Um den

■ GESAMTZUSAGE STATT TARIFVERTRAG

Bewertung der Kräfte

Dass der Unternehmer Filipov nach dem »Tag der Solidarität« seine Position: »Weder plane ich, noch habe ich jemals geplant, Gespräche mit der IG Metall oder irgendjemand anderem zu führen, und ich lasse mich auch nicht auf Politik ein«, so überraschend räumte, erklärt sich nicht aus der Solidaritätsveranstaltung, eher daher, dass die IG Metall den Atlas-Großkunden Siemens zur Androhung der Aufkündigung seiner Geschäftsbeziehungen zu Atlas gewinnen konnte. Die in der Finanzkrise gefestigte gute Zusammenarbeit der IG Metall mit den Unternehmern und der Regierung durfte sich hier hinter den Kulissen bewähren. Der IG Metallvorsitzende Huber ist schließlich auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens.

Hier durfte sich in kleiner Münze auszahlen, dass die Flächentarifverträge momentan ganz nach dem Geschmack der Unternehmer sind, Tausende von Sanierungstarifverträgen und Öffnungsklauseln ihren Interessen entgegenkommen, Unternehmervertreter wie Hundt und Kannegger sich zu emphatischen Verteidigern des Flächentarifs aufschwingen, weil die Unternehmen Lohnerhöhungen scheinbar ganz nach ihrem Gutdünken, quasi gottgegeben und abhängig von der Lage des Geschäfts gewähren können. Ausdruck der guten Zusammenarbeit ist auch das Zusammengehen der »Sozialpartner« beim Thema Tarifeinheit. Die großen Konzerne, aber auch die Mehrheit der mittelständischen Unternehmer zeigen sich mit diesen Gewerkschaften zufrieden. Und die hauptamtlichen Kollegen des normalen Tarifgeschäfts sehen die Unternehmer durch Zugeständnisse besänftigt, wittern keine Gefahr, wenn ein Unternehmer wie Filipov auftaucht, solange es irgendwie gelingt, ihn durch das Zugeständnis gleicher Tarifbedingungen wie in der Branche auszubremsen.

Um diesen Hintergrund nicht zu arg zu beleuchten, wurde der Gesamtbetriebsrat von Siemens vorgeschickt, der Gesamtbetriebsrat(!) forderte Filipov auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen: »Die Regelungen zu Compliance, die Business Conduct Guidelines und der Code of Conduct bei Siemens beinhalten, dass Siemens nur mit solchen Zulieferern Geschäftsbeziehungen unterhält, die die Gesetze unserer Rechtsordnung einhalten und die Grundrechte der Mitarbeiter und die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten wahren.« (Solidarität mit Atlas und VAL (einem weiteren Betrieb Filipovs) vom 19.11.2010, Siemens Dialog der IG Metall www.dialog.igmetall.de.)

Der Unternehmer Filipov hat den Wink sofort verstanden. Die IG Metall hält den Preis, Filipov erlaubt zu haben, das Gesicht zu wahren und keinen Tarifvertrag mit der IG

Produktionsrückstand aufzuholen, hat sich die Belegschaft für die ersten drei Monate zu einer 40 Std.-Woche und Zusatzschichten am Sonnabend bereit erklärt. Zur Kostensenkung wird jetzt in der Verwaltung Personal abgebaut.

Inzwischen haben sich Atlaskollegen anonym an die Lokalzeitung gewendet und drohende Diskriminierungen beklagt: Mit einer betriebsöffentlichen Ankündigung, Fehlzeiten und die »ungewöhnlich hohe Zahl von Behinderten« zu untersuchen, versucht der Unternehmer, die Belegschaft weiter zu spalten.



Metall zu unterzeichnen, nicht für zu hoch für die Absicherung der Tarifbindungen. (Atlas-Konflikt beendet, Siemens-Dialog 30.11.2010). Ohne fünfwöchigen ökonomischen Druck auf den Unternehmer hätten die Kollegen nichts erreicht. Wenn nun der Druck von Siemens ausschlaggebend war, dürfen nicht glauben, auf solche Vorgänge in Zukunft bauen zu können. Entscheidend wird immer die eigene Kraft in Verbindung mit der Solidarität von Kollegen sein.

Aus »Siemens Dialog« (Forum der IGM für alle Siemensbeschäftigten)

Solidarität mit Atlas und VAL

Der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG wandte sich schriftlich an Filipov und schrieb u.a.:

Sie verweigern alle Gespräche mit der IG Metall, der legalen Tarifpartei bei Atlas, und setzen die Belegschaften existentiell unter Druck. Damit bedrohen Sie die Tarifautonomie, die die Basis unserer Gesellschaft und unserer demokratischen Grundordnung ist. Zugleich haben Sie bislang unter Verstoß gegen die entsprechenden Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes die Einleitung ordnungsgemäßer Wahlen zu einem Betriebsrat bei VA Logistics behindert.

Überprüfung unter Compliance-Aspekt

Der Gesamtbetriebsrat fordert Filipov vor diesem Hintergrund auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen, die Bedrohung der Belegschaften einzustellen und Behinderungs- und Beeinflussungsversuche der Betriebsratsbildung bei VA Logistics zu unterlassen. Gleichzeitig will er Siemens auffordern, die Geschäftsbeziehungen zu Filipov zu überprüfen: *Die Regelungen zu Compliance, die Business Conduct Guidelines und der Code of Conduct bei Siemens beinhalten, dass Siemens nur mit solchen Zulieferern Geschäftsbezie-*

hungen unterhält, die die Gesetze unserer Rechtsordnung einhalten und die die Grundrechte der Mitarbeiter und die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten wahren.

(www.dialog.igmetall.de, 19.11.2010)

Compliance-Intervention von Siemens

Neben dem Druck der Öffentlichkeit hat unverkennbar auch die Solidarität aus anderen Unternehmen zum Gelin-

gen der Einigung beigetragen. Wie die »taz« (» Filipov rettet sein Leben«) meldete, hat beispielsweise Atlas-Großkunde Siemens mit Verweis auf die eigenen Compliance-Maßstäbe interveniert. Was die »taz« nicht weiß oder zumindest nicht erwähnt: Zuvor hatten Gesamt- und Konzernbetriebsratspitze von Siemens sich schriftlich an Filipov gewandt und angekündigt, anderenfalls Siemens zum Überprüfen der Geschäftsbeziehung aufzufordern (siehe Solidarität mit Atlas und VAL). (aus Siemens Dialog, 30.11.10) ■